

*Auf der Sitzung des Verwaltungsrats am 27. März 2018 in Hamburg gab für die Fraktion ver.di/ACA/IG Metall die Vorsitzende Luise Klemens folgende Stellungnahme ab. Sie nahm darin Bezug auf das Statement des Verwaltungsratsvorsitzenden Dieter Schröder und den Bericht des Vorstandes.*

---

### **Luise Klemens, Vorsitzende der Fraktion ver.di/ACA/IG Metall**

„Die neue Bundesregierung ist das beherrschende Thema, gerade auch, weil es große Veränderungen gegeben hat, vor allem auch in den Personalien. Ich habe eigentlich immer gedacht, dass Herrmann Gröhe weiter als Bundesgesundheitsminister agieren wird und war daher einigermassen überrascht, dass Herr Spahn nunmehr Minister geworden ist. Ich persönlich finde es gut, dass es nun eine Große Koalition gibt und es nicht zu einer Jamaika-Koalition gekommen ist. Dies hätte sicherlich aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und damit auch aus Versicherungssicht einige Regelungen für die Zukunft nicht möglich gemacht, die jetzt im Koalitionsvertrag erkennbar sind. Der Koalitionsvertrag ist sehr umfangreich geworden. Vor allem im Abgleich zum letzten Koalitionsvertrag. Die Frage dabei ist immer, was kann man in einen solchen Vertrag reinschreiben und festlegen. Es gibt Staatsrechtler, die davon ausgehen, dass man damit bereits in die Rechte der Abgeordneten einschneidet. In dem Sinne, was diese dann überhaupt noch gestalten können. Insofern ist es ein Abwägen, was man in einen Koalitionsvertrag reinschreibt und wo man Regelungen offen lässt.

Ich persönlich war ein wenig überrascht, dass es eine so breite Kritik an der Schaffung von 8.000 Pflegestellen gegeben hat. 8.000 Pflegestellen, das ist nicht viel. Das ist pro Einrichtung maximal eine neue Stelle. Aber vorher gab es so etwas gar nicht und mit dieser Regelung ist meiner Meinung nach Schwung in die Debatte gekommen, die der Frage nachgeht: „Was ist eigentlich gute Pflege?“ Und dass man hierfür auch mehr Menschen braucht. Jetzt muss man sehen, was finanziell möglicherweise noch auf uns zukommt. Man kann natürlich nach dem Motto vorgehen, alles immer weiter auszudehnen und die Versicherten werden es schon zahlen. Wenn sie es denn zahlen können. Insofern finde ich es auch zweifelhaft, wenn Herr Spahn in seiner Regierungserklärung ausführt, dass die Versicherten entlastet werden sollen und hier die paritätische Finanzierung anführt. Dies ist zwar richtig, aber wenn man sich auf der anderen Seite die Listen der Veränderungen anschaut und damit die Kosten, die auf die Versicherten zukommen, dann kann man nicht von Entlastungen sprechen. Dann stellen sich die Fragen, wie wird die Pflege finanziert, wie wird es ausgeglichen, wenn die die Soloselbstständigen weniger Beiträge zahlen müssen, was ich im Übrigen richtig finde, dass damit die Kleinstselbstständigen sich angemessen versichern können und das dann auch bezahlen können. Insofern wird es sicherlich noch

sehr spannend, auch mit Herrn Spahn, der mit seinen ersten Auftritten und seinen Äußerungen, ob Hartz IV-Empfängerinnen und Empfänger arm sind, so meine ich, einen ziemlich schlechten Antritt hatte. Wenn er auf der einen Seite sicherlich eine ziemlich hohe Kompetenz in allen gesundheitspolitischen Fragen aufweist, ist es trotz alledem eine Frage der Haltung, wie ich mit dieser Kompetenz umgehe. Und wenn er seit jungen Jahren Berufspolitiker ist und mit seinem sicherlich nicht schlechten Einkommen sich so gegenüber Hartz IV-Empfängern äußert, dann finde ich, hat ihn dies etwas disqualifiziert. Dies bringt mich nochmals zur Handlungsfrage. Mit welcher politischen Haltung und mit welcher humanistischen Haltung gehe ich an die Themen ran und da macht man sich schon seine Gedanken, wie es denn jetzt weiter gehen wird, z. B. mit der Zahnversorgung. Wenn man in einem so reichen Land, wie es das unsere ist, Armut wieder an den Zähnen erkennt, dann ist das ein Skandal. Und, ob es mit der Zahnersatzregelung wirklich getan ist, weiß ich nicht. Aber ich mache mir einige Sorgen, was am Ende für die Menschen dabei herauskommt und gerade für die mit einem geringen Einkommen.

Gut finde ich, dass die Digitalisierung nicht nur als Querschnittsaufgabe in den Ministerien betrachtet wird. Bei Querschnittsaufgaben denkt man ja immer, die anderen werden es schon machen. Es ist also gut, dass es hier vorangeht, aber auf der anderen Seite aber auch nicht jeder tut, was er will. Die Blümenträume, was man hier machen könnte, sind ja groß. Ob das für die Versicherten immer gut ist, dass sie vielleicht künftig ihren Arzt nicht mehr persönlich sprechen können, sondern dies vielleicht nur noch online möglich ist, muss man natürlich abwarten. Aber dies alles zu gestalten und zusammenzufassen, da mache ich mir schon einige Hoffnungen auf Fortschritt und Besserung. Wir haben uns hier im Verwaltungsrat mit dieser Thematik ja auch bereits beschäftigt und werden uns auch weiter damit beschäftigen müssen. Insofern finde ich es auch gut, dass es im GKV-Spitzenverband hierfür einen neuen Fachausschuss gibt und damit die Thematik auch von allen Seiten beleuchtet kann. Und schauen kann, was passiert und was wollen wir überhaupt. Dass wir unsere Ideen, unsere Vorstellungen von guter Versorgung mit einbringen können und nicht am Ende, nur weil es modern erscheint, alles Mögliche passiert. Ich habe neulich ein Interview über Menschen gelesen, die im Internet über Portale nach Krankheiten recherchieren. Man kann dort Symptome eingeben und bekommt anschließend eine Diagnose. Die sagt einem im Zweifelfall, dass man eigentlich bereits tot ist. Hier werden Dinge angeboten, die eigentlich irre sind und nichts mit guter Versorgung zu tun haben. Wir müssen hier aus Sichtensicht einen verstärkten Blick darauf haben und von daher ist dieses neue Gremium gut.

Weil vom Vorstand angesprochen, will ich nochmals ein Thema vertiefen, und zwar die Einrichtung von Pflegekammern. Was die Pflegekammern den Beschäftigten bringen soll, das erschließt sich mir wirklich nicht. Das Prinzip der Kammern kommt eher aus dem Bereich der Selbstständigen. Ärztekammern oder auch Rechtsanwaltskammern kann man hier als Beispiel nennen. Die Pflegebeschäftigten sind in aller Regel Angestellte und hier hilft ein Kammersystem überhaupt nicht. Es wird eher darum gehen, die Frage zu beantworten, wie es gelingt, mehr Geld in das System zu bringen, dass man die Berufe aufwerten kann und zwar nicht nur mit guten Worten und sozusagen Gotteslohn, sondern eben auch mit entsprechender Finanzierung. Damit die Menschen, die Pflege auch machen wollen, es sich auch leisten können. Wir wissen ja jetzt auch, dass viele Menschen in der Pflege in Teilzeit arbeiten, weil der Job, gerade auch in der Altenpflege, in Vollzeit gar nicht zu bewältigen ist. Die Altersarmut klopft dort an die Türe, weil die Einkommen einfach zu niedrig sind. Das Thema Pflege ist eine vielfältige Herausforderung in alle Richtungen.

Ansonsten bitte ich darum, dass dem Verwaltungsrat die Studie zu Sucht und Socialmedia zur Verfügung gestellt wird und zum zweiten, dass, wenn die Bundeswahlbeauftragte demnächst ihren Bericht vorstellen wird, wir im Verwaltungsrat die Gelegenheit nutzen, dies im Gremium vorab zu diskutieren, um sich eine Meinung bilden zu können. Hierzu sollte man ins Auge fassen, die Bundeswahlbeauftragte oder ihren Stellvertreter einzuladen, und die Inhalte zu diskutieren. Der Bericht an sich ist das eine, aber damit wird ja noch weiter gearbeitet. Und da bin ich schon der Meinung, dass man sich hierzu eine Meinung bilden sollte und wie der Bericht mit dem Blick auf die nächsten Sozialwahlen begleitet werden soll.“